

## Lehrlinge ( 1973)

aus : Otto Seeber/Yorick Spiegel ( Hg.) Behindert Süchtig Obdachlos., München 1973 S 135ff.

### S. 135

#### Die Aktionen der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Lehrlinge Duisburgs (AULD)

Der folgende Beitrag will darstellen,, wie in Duisburg die Lehrlingsaktionen begannen, mit welchem Ziel sie geführt wurden und was sie erreichten. Dabei sollen auch die Konflikte aufgezeigt werden, die durch die Aktionen zwischen der Arbeitsgemeinschaft, der Kirche und den Gewerkschaften aufbrachen.

#### Vorgeschichte

Im Jahre 1969 trat ich mein „Amt“ als Berufsschulpfarrer an der kaufmännischen Schule in Duisburg an. Schon kurz nach meinem „Amtsantritt“ kam es zu Unterrichtsgesprächen über die Situation der Lehrlinge in den Betrieben, die die katastrophalen Missstände in der Lehrlingsausbildung deutlich machten.

Die Motivation zu diesen Gesprächen war zunächst völlig unpolitisch. Es ging darum, die Interessen der Schüler kennen zu lernen, um daraufhin gemeinsam mögliche Inhalte des Religionsunterrichts festzulegen. Als Zielvorstellung schwebte mir damals noch das Konzept einer vom Evangelium her motivierten „Lebenshilfe“ vor. Diese Vorstellung stimmte mit dem Lehrplan und der herrschenden Praxis des Religionsunterrichts an der Berufsschule überein. Da mir aber die Missstände in der Lehrlingsausbildung derart massiv und grundsätzlich erschienen und die Lehrlinge aus Angst vor ihren Arbeitgebern und ihren Eltern an ihrer Situation nichts verändern konnten oder wollten, reichte das Konzept individueller Lebenshilfe nicht aus.

Auch die Dienstanweisung sah für solche Strukturmängel keinen „Auftrag“ vor: „Der Berufsschulpfarrer soll auch außerhalb der Schulzeit die Verbindung zu seinen Berufsschülern-(innen) pflegen. Durch Besuch der Elternhäuser, Arbeitgeber, Werksleiter und Innungen soll er sich über die innere und äußere Lage der Jugendlichen unterrichten“, heißt es dort. Immerhin wird die Aufgabe der „Unterrichtung“ gefordert. Sehr bezeichnend ist es allerdings, daß die Gewerkschaften bei der Aufzählung fehlen; das ist sicherlich kein bloßes Versehen! Ein Auftrag, die „innere und äußere Lage der Jugendlichen“ eventuell zu verändern, schien - wie sich später

136

auch herausstellte - damit nicht verbunden zu sein. Neben der Information bei den zuständigen Stellen (s. u.) suchte ich nach einem Weg zur Veränderung der Verhältnisse, die über Einzelfallhilfe hinausgehen sollte.

Der erste Schritt war, dass ich ein Papier „Vorschläge zur Reform der Lehrlingsausbildung“ konzipierte, das aus Äußerungen der Lehrlinge bestand und deshalb mehr am Vorfindlichen orientiert war. Dies Papier wurde in den Klassen mit Lehrlingen diskutiert und verändert. Dann folgten Gespräche mit Kollegen in der Schule, mit Gewerkschaftern und Ausbildern. Ein politisch strategisches Konzept war noch nicht vorhanden. Da mir als Theologe von meiner Ausbildung her die nötige Sachkenntnis fehlte, las ich mich in die Literatur zur Lehrlingsausbildung ein“(61). Von der akademischen, evangelischen Sozialethik her fand sich keine mir ausreichend erscheinende Antwort auf die Probleme. Wie verhielten sich nun einzelne kirchliche Gremien in Duisburg zur Situation der Lehrlinge in den Betrieben?

Die Vorschläge zur Reform der Lehrlingsausbildung wurden im Konvent der Berufsschulkatecheten und -pfarrer diskutiert. Man beschloss, an den Problemen weiterzuarbeiten, aber die konkreten Aktionen dem Einzelnen zu überlassen (62). Eine Solidarisierung fand nicht statt.

Diese Verweigerung beleuchtet die Situation der Berufsschulpfarrer und Katecheten, die wöchentlich bis zu 400 Lehrlinge unterrichten und die schweren Missstände in der betrieblichen Ausbildung genau kennen. Der Sozialsekretär der Synode von Duisburg schlug nach zweimonatigem Schweigen zu meinen ‘Vorschlägen’ „Überlegungen“ und ein politisches Nachtgebet vor. Öffentliche Aktionen sah er als sinnlos an und verweigerte deshalb seine Teilnahme.

Ähnlich verlief ein Gespräch mit den örtlichen DGB-Vorstandsmitgliedern. Es hieß, die Gewerkschaften täten genug für die Lehrlinge; Demonstrationen und Aktionen auf der Straße könnten sie nicht unterstützen. Außerdem hätte jeder Lehrling als Gewerkschaftsmitglied Rechtsschutz, dies sei vollkommen ausreichend. Das Ergebnis dieser ersten Versuche, die zuständigen Institutionen zur gemeinsamen Aktion zur Veränderung

137

der Ausbildung zu bewegen, war also enttäuschend. Die „Aufgeschlossenheit“ für die Probleme endete bei bloßen verbalen Erklärungen.

Wie wirkten sich diese negativen Erfahrungen auf die Arbeit mit den Lehrlingen aus?

Die Möglichkeiten, eine breite Solidarisierung innerhalb der Kirche und den Gewerkschaften zu finden, schien erschöpft zu sein. Der Religionsunterricht in der Berufsschule bot eine zu dünne und unsichere Basis, um von da aus zusammen mit der erst langsam sich politisch artikulierenden SMV Aktionen vorzubereiten. Es blieb als einziger Ausweg, sich außerhalb der Schule zu organisieren und die Aktionen vorzubereiten.

Allerdings war es wichtig, dass sich die Lehrlinge jede Woche einmal in der Berufsschule trafen und im Unterricht ihre Probleme diskutieren konnten. Im Gegensatz zu anderen Unterrichtsfächern besitzt der Religionsunterricht einen größeren Spielraum, auf die aktuellen sozialen Fragen der Lehrlinge einzugehen. Die Ziele und die Erfahrungen bei den Aktionen wurden besprochen und kritisiert; die konkrete politische Lage sowie deren sozio-ökonomischen Ursachen reflektiert.

#### Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Lehrlinge Duisburgs (AULD)

Ein „progressives“ Schülerforum des Katholischen und Evangelischen Jugendpfarramtes veranstaltete eine öffentliche Diskussion über die Ausbildungssituation der Lehrlinge in den Betrieben. Es wurde über die Lehrlingsdemonstrationen und Aktionen in Essen und in anderen Städten der BRD berichtet und die Notwendigkeit einer breiten Solidarisierung erörtert. Ungefähr fünfzehn Jugendliche, darunter Schüler aus dem Republikanischen Club, Lehrlinge, Gruppenmitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und Junggewerkschafter schlossen sich im Nov. 1969 zur Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Lehrlinge Duisburgs zusammen. Nach mehreren Sitzungen einigte man sich auf ein Grundsatzprogramm: Beseitigung konkreter Missstände in Betrieben, Werkstätten, Groß- und Einzelhandelsverkaufshäusern durch gezielte Aktionen. Die Arbeitsgemeinschaft nannte sich unabhängig, um „bloße Interessenvertretung Einzel-

138

ner wie auch verlängerter Arm von Institutionen, Parteien oder Verbänden und deren Einzelinteressen zu sein“ auszuschließen.

Kooperation sollte nur insoweit angestrebt werden, als diese Unabhängigkeit nicht gefährdet wird. Hier zeigte sich der Einfluss der Schüler der „antiautoritären Phase“: „Misstrauen gegenüber allen Autoritäten, jedoch mit dem von den Erwachsenen eingebrachten Moment der „Kooperation“ mit den Institutionen.

Diese Abgrenzung führte - wie zu erwarten war - zu Konflikten mit anderen Gruppen der Industriegewerkschaft Metall, linker Jugendorganisationen und auch innerhalb der Arbeitsgemeinschaft selbst. Andererseits wurden aber auch andere Lehrlinge für die Mitarbeit in der AULD gewonnen, die sich nicht mit irgendeiner Organisation, Partei oder Institution völlig identifizieren wollten. Außerdem ermöglichte diese Unabhängigkeit, dass wir uns in einem Ev. Jugendheim treffen konnten. Es war eines unserer wichtigen Ziele, die noch unpolitischen, aber unter Pressionen stehenden Lehrlinge, durch Planung und Durchführung konkreter Aktionen in Duisburg zu einem politischen Bewußtsein ihrer eigenen Lage zu führen<sup>26</sup>). Als Modell diente die „Arbeitsgemeinschaft gewerblicher und kaufmännischer Lehrlinge in Essen“, mit der wir in losem Kontakt blieben.

Die Fragebogenaktion und die Gewerkschaft Nachdem ein Versuch fehlgeschlagen war, konkrete Missstände in einem Textilgroßkaufhaus aufzudecken und beseitigen zu helfen, wurde die Fragebogenaktion beschlossen und durchgeführt.

Die Ausarbeitung des Fragebogens unter Mithilfe einiger Berufsschullehrer (GEW), von denen sich einige bald wegen „zu radikaler Methoden“ von uns trennten, erbrachte eine Stabilisierung der Gruppe. Die Arbeitsteilung bei der Durchführung der Aktion ließ aufgebrochene Kontroversen innerhalb der Gruppe über die politischen Ziele in den Hintergrund treten. Fragebögen mußten gedruckt werden, Stände aufgebaut, Plakate gemalt und die Organisation und Durchführung der Aktion geplant werden. Unter großem persönlichen Einsatz wurde dann später auch die Befragung drei Wochen lang vor den Berufsschulen in Duisburg

durchgeführt

139

Die regionale und auch überregionale Presse berichtete positiv über die Aktion<sup>(64)</sup>. Einige Seitenhiebe in der Presse gegen die Gewerkschaften führten zu einer von uns nicht beabsichtigten Leserbrieffehde. Sie wurde beigelegt, indem man sich einigte: öffentliche Polemik sollte vermieden werden; konkrete Zusammenarbeit in Einzelfällen, Rechtshilfe für Gewerkschaftsmitglieder wurde angeboten. Die Methoden politischer Aktion blieben kontrovers. Einige Gewerkschaftsmitglieder, die mit der AULD sympathisierten, distanzieren sich von ihr.

Eine wirkliche Kooperation mit der Gewerkschaft, besonders mit der Industriegewerkschaft Metall, erwies sich vor allem deshalb als unmöglich, weil die politischen Inhalte gegensätzlich blieben: Die Gewerkschaftsfunktionäre gaben klar zu verstehen, dass sie durch die Tarifverträge und durch die Friedenspflicht des BVG in ihrer Aktionsfreiheit gebunden seien und dies auch für richtig hielten. Die Verflechtung mit der SPD, die gerade an die Regierung gekommen war, mag ein weiteres Moment für ihr Verhalten gewesen sein.

Hinzu kam, dass die Gewerkschaften mit dem neuen Berufsbildungsgesetz aus dem Jahre 1969 Sitz und Stimme in den Berufsbildungsausschüssen der Industrie- und Handelskammern erhielten. Diese Position wollten die Gewerkschaften nicht schon vor der Konstituierung der Ausschüsse gefährden.

So bedeutete Kooperation praktisch nichts anderes als die Kontrolle über die Aktivitäten nicht zu verlieren. Die Gewerkschaften in Duisburg setzten also eher auf die institutionelle Macht als auf die „Macht von unten“. Das versprochene Lehrlingszentrum wurde bis heute nicht errichtet; die Hoffnungen vieler Mitglieder der AULD, ihre Arbeit in der Gewerkschaft direkt fortzusetzen, nachdem die AULD an die Grenzen ihrer organisatorischen Möglichkeiten gekommen war, sind also bitter enttäuscht worden.

Ist oder war Duisburg ein Sonderfall gewerkschaftlicher Politik? Das Dilemma für jeden fortschrittlichen Bürger ist m. E. deutlich: Wer für die Rechte der Arbeitnehmer kämpfen will, muß dies z.T. gegen die Politik der Gewerkschaft tun. Die Frage ist aber, ob dieser Kampf ohne oder in der Gewerkschaft geführt werden kann und

140

#### Die Fragebogenaktion und die Kirche

Die AULD war an den Sozialethischen Ausschuss der Kirchenkreise Duisburgs herangetreten, der zusammengesetzt war mit dem Sozialsekretär als Vorsitzenden, mit Pfarrern, Arbeitnehmern, Arbeitgebern, dem DGB-Vorsitzenden in Duisburg, um eine finanzielle Unterstützung für die Fragebogenaktion zu bekommen. Der Ausschuss beschloß einen Zuschuss zu gewähren, jedoch nur unter der Bedingung, „dass sich die Gruppe zur Konsultation und zur Kooperation mit dem Ausschuss . . . bereit erklärt und verpflichtet“.

Unter Konsultation und Kooperation verstand der Ausschuss „die gemeinsame Planung aller öffentlichen Aktionen und Veranstaltungen der Gruppe“. Außerdem forderte er, dass alle weiteren Bemühungen „in Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen wie Gewerkschaften, Kammern, Innungen usw.“ unternommen werden müssten.

Diese Bedingungen waren für die AULD unannehmbar. Sie hätten den Verzicht auf jede eigenständige Arbeit der Lehrlinge bedeutet und diese den Spielregeln unterworfen, die auch die Gewerkschaften daran hindern, die Interessen der Lehrlinge wahrzunehmen.

Die Zusammenarbeit mit den Institutionen war aber schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich, weil sich die Kammern, ähnlich wie die Gewerkschaften, weigerten, mit Gruppen zu verhandeln, die an dem bestehenden Ausbildungssystem radikale Kritik übten. Die Fragebogenaktion wurde von ihnen von vorneherein diskreditiert. Dem Sozialethischen Ausschuss war dieser Sachverhalt bekannt. Die Aufforderung der Zusammenarbeit mit allen zuständigen Institutionen erschien von daher als Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse.

Die Kirche in Duisburg erwies sich in dieser Auseinandersetzung als eine systemerhaltende Kraft. Sie hatte ihre Rolle als eigenständige Institution verneint. Das immer wiederkehrende Argument, die Kirche müsse „überparteilich“ sein, erweist sich in Wirklichkeit als Parteilichkeit für die Interessen der Herrschenden, das heißt in diesem Fall für die Interessen der Unternehmer gegen die Interessen der Lehrlinge.

Versucht man die Haltung der kirchlichen Gremien Duisburgs gegenüber den aktuellen Lehrlingsproblemen einer

141

kritischen Beurteilung zu unterziehen, so muß man feststellen, daß sie die sozialen wie bildungspolitischen Probleme überhaupt nicht gesehen haben. Es kam kein einziges Mal zu einer echten, sachlichen Diskussion über diese Fragen. Die sogenannten „brüderlichen Gespräche“, die der Kreissynodalvorstand, meine Anstellungsbehörde, mit mir führte, zielten auf ‚law and order‘. Nicht die Situation der Lehrlinge in der betrieblichen Ausbildung interessierte meine Dienstbehörde, sondern einzig und allein meine Person und meine politische Einstellung. Da die Mitglieder des Kreissynodalvorstandes größtenteils mittelständisch-bürgerlicher Herkunft waren, gaben sie deutlich zu verstehen, daß ein Theologe bei allem sozialpolitischen Engagement auch eine Fürsorgepflicht für die Handwerkerschaft habe! 66) Diese würde sonst auch noch (!) an der Kirche irre.

Falls ich nicht bereit sein sollte, meine aktive Unterstützung der Lehrlingsaktionen einzuschränken, drohte man mir offen Sanktionen an.

Um die Arbeit der AULD nicht unnötig zu belasten, wurde dieser Konflikt mit der Kirche nicht weiter ausgetragen. Ich selbst zog damals zunächst den Schluß daraus, daß politische Arbeit innerhalb und mit der Kirche ein unnötiger Kräfteverschleiß ist.

Trotz dieser persönlichen Schwierigkeiten mit meiner Kirchenbehörde, und trotz des Stillhalteabkommens der Gewerkschaften, hatten die Lehrlingsaktionen in Duisburg und die Veröffentlichung der Fragebogenergebnisse durch die Presse, die öffentliche Diskussion über die Lehrlingsituation angefacht.

Es bleibt nur zu hoffen, daß die Kirche sich in Zukunft dieser sozialen und politischen Fragen nicht verschließt, sondern sie zum Gegenstand ihrer sozialen Verantwortung macht.

-

### Anmerkungen

61) Vgl. u.a. M. Baethge, aaO.; Deutscher Bildungsrat. Zur Situation der Lehrlingsausbildung, aaO.; W. Lempert/H. Ebel, aaO.; G. Stütz, aaO.; Fr. Nyssen, Schule im Kapitalismus, 1970.

62) Mit ein Grund für das vorsichtige Taktieren waren die Vorfälle in Essen, wo zwei ev. Berufsschulpfarrer auf Betreiben des Bezirksbeauftragten versetzt wurden, weil sie sich aktiv für die Interessen ihrer Schüler eingesetzt hatten, vgl. E. T. Böttcher/Kl. Schmidt, An der Seite der Lehrlinge, in: akid Nr. 2/1969, 14-18.

63) Vgl. H. Giesecke u.a., Politische Aktion und politisches Lernen, 1970.

64) Vgl. u.a. WAZ vom 28. 2. 1970, „Überall im Revier proben Lehrlinge den Aufstand“.

65) Vgl. dazu: O. Jakobi/W. Müller-Jentsch/E. Schmidt, Gewerkschaften und Klassenkampf, 1972; S. G. Papcke (Hg.), Anpassung oder Widerstand? Gewerkschaften im autoritären Staat, 1969; M. Schumann/Fr. Gerlach/A. Gschlössl/P. Milhofer, Am Beispiel der September-Streiks - Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?, 1971; E. Schmidt, Ordnungsaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften, 1971; Fr. Deppe/Jutta v. Freyberg u.a., Kritik der Mitbestimmung, Partnerschaft oder Klassenkampf?, 1969.

66) Zum Verhältnis „Kirche und Handwerk“ demnächst vom Vf. in: Kirche und Klassenbindung, hg. von Y. Spiegel, 1973.

-